

Was bedeuten längere Laufzeiten von Atomkraftwerken?

Atomdeals in Hinterzimmern

Umlagert vom Bürgerprotest war das Bundeskanzleramt am 18. September 2010.
Foto: AG Schacht KONRAD



Etwas war seit September 2009 klar: Schwarz-Gelb will die Atomkraftwerke länger laufen lassen. Doch der ausgehandelte Deal topt die allerschlimmsten Befürchtungen.

Die Inszenierung war so schön geplant: Ganz seriös, auf Basis wissenschaftlicher Energieszenarien, sollte während des Septembers in Arbeitsgruppen von Regierung und Koalitionsfraktionen ein Energiekonzept erstellt werden. Die von vornherein geplante Laufzeitverlängerung sollte sich quasi als objektive Notwendigkeit der energiepolitischen Vernunft ergeben.

Doch dann lief alles aus dem Ruder. Zuerst wurde bekannt, dass die Gutachter von

den Energiekonzernen bezahlt werden. Dann interpretierten der Wirtschafts- und der Umweltminister die Ergebnisse der Szenarien völlig konträr. Es zeichnete sich ab, dass dieser Streit den September beherrschen würde. Da zog die Kanzlerin die Reißleine, lud am 5. September zum Spitzengespräch der Ministerinnen und Parteiführer ins Kanzleramt und verkündete noch in gleicher Nacht, die Atomkraftwerke sollen um durchschnittlich zwölf Jahre länger laufen. Falls

die Kanzlerin der irrigen Meinung gewesen sein sollte, mit einem solchen „Kompromiss“ nach kurzer Aufwallung das Thema vom Tisch zu haben, wurde sie allerdings schnell eines Besseren belehrt.

Nach und nach sickerten die Einzelheiten des Gesprächs im Kanzleramt an die Öffentlichkeit. Da wurden noch nächtliche Geheimabkommen geschlossen, die später nur auf massiven Druck veröffentlicht wurden. Bis heute ist nicht sicher, ob es darüber hinaus weitere Absprachen gibt. Da stellte sich heraus, dass ausgerechnet der zuständige Minister für Reaktorsicherheit beziehungsweise sein Ministerium von den Geheimabkommen ausgeschlossen wurde.

Wenn es um die Milliarden im Atomgeschäft geht, wird verheimlicht und vertuscht. Und die Regierung macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Interessen der vier großen Energiekonzerne.

Viel länger als zwölf Jahre

Im Durchschnitt sollen die Atomkraftwerke zwölf Jahre länger laufen, acht Jahre die äl-

teren, 14 Jahre die neueren, heißt es – schon das ist falsch.

Berechnungsgrundlagen sind die Jahresmengen, die den Betreibern im rot-grünen Atomkonsens zugestanden wurden. Dort wurde für die Jahresmenge pro Kraftwerk das Mittel aus den besten fünf Jahren zwischen 1990 und 1999 genommen und noch mal 5,5 Prozent für eventuelle Kapazitätserweiterungen draufgeschlagen, fernab jeder Realität. Gerade die älteren AKWs sind jedoch bezogen auf ihre Laufzeit von einer Volllastung weit entfernt. Legt man die bisherige durchschnittliche Auslastung zugrunde, bedeutet das allein für die älteren Atomkraftwerke Verlängerungen zwischen 8,9 Jahre (Esenshamm) und 11,4 Jahre (Brunsbüttel).

Brennelementesteuer

Als Teil des Sparpaketes wurde die Brennelementesteuer von Finanzminister Schäuble verkauft. Damit wollte die Bundesregierung den BürgerInnen zeigen, nicht nur die Beschäftigten und Arbeitslosen werden zur Haushaltskonsolidierung zur Kasse gebeten, nein, auch die großen Konzerne.

Doch die wehrten sich und weil man vor den Konzernen doch noch mehr Angst hat als vor den Bürgerinnen und Bürgern, ließ sich Schäuble weichkochen. Statt 220 Euro werden nur noch 145 Euro auf jedes Gramm Kernbrennstoff fällig und auch das nur be-

fristet auf sechs Jahre. Da die Steuer als Betriebsausgabe abgesetzt werden kann, zahlen die Konzerne im Gegenzug weniger Körperschafts- und Gewerbesteuer. Und im Geheimvertrag gesteht die Bundesregierung den Konzernen sogar ein Klagerecht gegen ihre eigene Steuer zu.

Der „freiwillige“ Beitrag

Für jede ab 2017 ins Netz eingespeiste Megawattstunde sollen neun Euro an ein Sondervermögen des Bundes zur Finanzierung von Fördermaßnahmen zur Umsetzung des Energiekonzeptes gezahlt werden, heißt es. Doch im Geheimvertrag finden sich lauter „Wenns“ und „Abers“, die den Beitrag bei jeder zusätzlichen finanziellen Belastung der Unternehmen reduzieren.

Und so ist abzusehen, dass von einem „freiwilligen Beitrag“ der Atomkonzerne wenig übrig bleiben wird. Und selbst wenn gezahlt wird, fließt das Geld ja doch nur in die Kassen der Konzerne zurück. Schließlich sollen aus dem Fonds Maßnahmen gefördert werden wie fünf Milliarden für ein Sonderprogramm „Offshore Windenergie“. Hier haben sich die großen Vier jedoch bereits den Großteil der Baugenehmigungen gesichert.

Die Sicherheitsanforderungen sollen noch weiter abgesenkt werden

Hatte schon die rot-grüne Regierung im Rahmen ihres Konsenses die Anforderungen an die Reaktorsicherheit mit dem Hinweis gesenkt, dass bei den älteren Atomkraftwerken, die in absehbarer Zeit vom Netz gehen sollten, keine Nachrüstungsmaßnahmen mehr gefordert werden könnten, geht die schwarz-gelbe Regierung noch weiter. Insbesondere die aufwändigen und teuren Mo-

dernisierungen der alten Kraftwerke sollen als mittel- bis langfristig eingestuft und für viele Jahre aufgeschoben werden.

Mit einem neuen Paragraphen 7d sollen im Atomgesetz keine Nachrüstungen nach Stand von Wissenschaft und Technik mehr gefordert werden. Stattdessen soll es nur noch eine Sorgspflicht geben. Der Atomrechtsexperte Alexander Roßnagel dazu in der Sendung Monitor vom 9. September 2010: „Die Sorgspflicht begründet nur die Verpflichtung, sich zu bemühen. Sie verpflichtet nicht zu einem Erfolg. Das heißt, erste Aktivitäten reichen aus, um diese Pflicht zu erfüllen ... Im Zweifel reicht ein Bauzaun, mit dem man die Aktivitäten beginnt.“ Mit dem Gesetzesentwurf soll auch das Klagerecht für Bürger eingeschränkt werden. Dies gilt für sämtliche Bereiche, die künftig dem so genannten „Restrisiko“ zugerechnet werden sollen, darunter der Schutz vor Flugzeugabstürzen.

Barrikadenbau gegen erneuerbare Energien

Schon lange ist klar, dass Atomenergie keine Brückentechnologie, sondern eine Barrikade gegen die erneuerbaren Energien ist. Wir stehen vor grundsätzlichen Entscheidungen: Entweder wird die Energiestruktur auf die modernen Anforderungen einer Versorgung durch erneuerbare Energien ausgerichtet – und da haben unflexible, schwer steuerbare Atomkraftwerke keinen Platz – oder schwerfällige Atom- und Kohlekraftwerke dominieren weiterhin die Struktur und die Erneuerbaren dürfen nur den Lückenfüller spielen. Anspruchsvolle Klimaschutzziele wären dann unerreichbar.

Die Bundesregierung hat sich entschieden. Die Laufzeitverlängerung ist für sie gesetzt. Und so sieht das Energiekonzept vor, die Er-

neuerbaren an den Rand zu drängen. Künftig sollen die Anreize mehr und mehr so gesetzt werden, dass die Erneuerbaren ihren Strom dann einspeisen, wenn Stromspitzen benötigt werden. Im ersten Schritt soll eine Marktprämie (höherer Gewinn bei Einspeisung bei Lastspitzen) nur optional eingeführt werden. Doch der Weg weg von festen Vergütungssätzen und von einer vorrangigen Einspeisung regenerativen Stroms ist vorgezeichnet.

Parallel wird die Förderung der Biomasse ebenso auf den Prüfstand gestellt wie die Förderung der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung.

Doch dort, wo es um den Ausbau zentralistischer Erzeugungsanlagen in Händen der vier großen Konzerne geht, bei den Offshore-Windanlagen, bei der gefährlichen und völlig ineffizienten Abscheidung und Lagerung von CO₂, will der Staat mit Milliardenbeträgen und gesetzlichen Regelungen stützend unter die Arme greifen.

Dem Ausstieg näher denn je?

Allein mit den vier Energiekonzernen gegen alle heißt die Energiepolitik der Regierung, gegen die Bürgerinnen und Bürger, gegen Anti-



„Wir wollen den Scheiß nicht haben!“, riefen zehntausende Bürger am 18. September bei der Großdemonstration in Berlin. Foto: AG Schacht KONRAD

Atom- und Umweltbewegung, gegen die Kommunen und Stadtwerke, gegen die Branche der erneuerbaren Energien, gegen Stimmen aus der Kirche, gegen den Sachverständigenrat für Umweltfragen und das Kartellamt. Selbst die eigenen Parteifreunde vor Ort sind entsetzt. So äußerte sich die CSU Landshut „enttäuscht“ über die Pläne der Bundesregierung und weist darauf hin, dass heute niemand mehr einen Reaktor wie Isar 1 in die Landschaft stellen würde, der nur mangelhaft gegen Flugzeugabstürze und Terrorangriffe geschützt ist.

Die Demonstration am 18. September in Berlin war beeindruckend. Und die Proteste werden in diesem Herbst weitergehen, im November gegen den Castor-Transport im Wendland, und an vielen Tagen an vielen Orten im ganzen Land. Letztlich wird sich zeigen, ob dieser Schuss der Atomlobby nicht nach hinten losgeht. Man kann jedenfalls zu hoffen beginnen, dass wir dem Ausstieg aus der Atomenergie derzeit näher sind als in den letzten zehn Jahren.

Ursula Schönberger
Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e. V.

Webtipps



Auf der Internetseite www.atomausstieg-selber-machen.de findet man alles, was man braucht, um seinen Stromanbieter ganz einfach zu wechseln und zu echten Ökostromanbietern zu gehen.

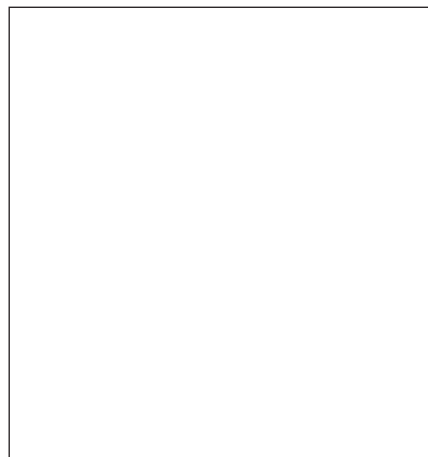
Hinweis:

Wer keinen Internetzugang hat, kann im Umweltzentrum auch Informationsmaterial zu EWS, Greenpeace Energy und Naturstrom „auf Papier“ erhalten.

Kommentar zum Energiekonzept der Bundesregierung

Eisern in Diensten des Oligopols

Die Laufzeitverlängerung der AKWs ist nur ein Teil des so genannten „Energiekonzeptes“ der Bundesregierung. Was hat es damit wirklich auf sich?



Man wird dem „Energiekonzept“, das die Bundesregierung Ende September verabschiedet hat, nicht gerecht, betrachtet man nur die darin enthaltene Quasiverewigung der Atomenergie.

Vieles dort liest sich zuerst einmal gut. Bis 2050 sollen achtzig Prozent des Energiebedarfs der Bundesrepublik aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse gedeckt werden. Und der Rest? Schweigen ... oder man schließt: aus modernen Kohlekraftwerken, ausgerüstet mit CCS – einer Technik, die übers Laborstadium noch nicht hinaus ist – oder eben aus AKWs. Noch weniger Konkretes findet

sich darüber, welchen Anteil welche Erneuerbaren haben sollen und wo die Anlagen dazu stehen werden und wer sie dann betreibt ...

Schon 2020 sollen 35 Prozent des Stroms aus Wind, Sonne, Biomasse und Wasserkraft stammen. Spätestens da stutzt man und erinnert sich, dass dieselbe Bundesregierung vor weniger als Halbjahresfrist der EU-Kommission gegenüber verkündete, Deutschland werde 2020 bereits 39 Prozent seines Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen decken (der Quellengerechtigkeit zuliebe: 38,6). Nicht nur bei Wahlen kann es ein entschei-